

29. APR. 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2. XVIII/81

Bonn, den 29. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>1. Mai in der Sowjetzone</u> Arbeiter in der Zwangsjacke des Kommunismus	54
2	<u>Bindeutiger Sieg</u> Zur Wiederwahl des österreichischen Staatspräsidenten Dr. Schärif	31
3	<u>Rücksicht auf Wirtschaft und Konjunktur</u> Mahnung an die Tarifpartner im Metallstreik	36
4 - 5	<u>Berufsausbildung verbessern !</u> Modernes Gesetz oder antiquiertes Flickwerk ? Von Harry Liehr, MdB, Berlin	75
6	<u>Das Madrider Bluturteil und die französisch-spanische Annäherung</u> De Gaulle setzt auf die falsche Karte Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	30

Chefredakteur Günter Markscheffel

1. Mai in der Sowjetzone

Arbeiter in der Zwangsjacke des Kommunismus

Z.B. - Während in der Bundesrepublik die Kundgebungen des 1. Mai 1963 nicht zuletzt im Zeichen der Auseinandersetzung in der Metallindustrie durchgeführt werden, stehen die Mai-Kundgebungen in der Sowjetzone und in Ostberlin im Zeichen neuer Anstrengungen des SED-Regimes, die Arbeiter noch stärker als bisher in die Zwangsjacke des Kommunismus zu pressen.

Der im Januar auf dem 6. SED-Parteitag gefaßte Beschluß, die Akkumulation im Vergleich zur Konsumtion beträchtlich zu erhöhen, läßt den 1. Mai in einem eindeutigen Licht erscheinen. Laut SED-Parteitag soll die Arbeitsproduktivität in den Zonenbetrieben bis 1970 um rund 6 Prozent erhöht werden, während das Nationaleinkommen nur um 1,6 Prozent gegenüber 1952 zunehmen soll.

Diese Benachteiligung der Arbeiterschaft ist symptomatisch für den neuen Kurs der SED. Wer die Mai-Parolen des Zentralkomitees der SED zur Kenntnis nimmt, dem wird klar, daß sich der 1. Mai 1963 keineswegs als ein Ruhmesblatt der Pankower Geschichtsschreibung präsentiert. Keine der Lösungen, die das Ostberliner Zentralkomitee der SED veröffentlichte, forderte - wie es entsprechend der üblichen Pankower Diktion üblich gewesen wäre - den separaten Friedensvertrag für die Sowjetzone und die Umwandlung Westberlins in eine "freie, entmilitarisierte Stadt". Die sowjetrussischen Interessen, die im Augenblick auch von Ostberlin eine Zurückhaltung bezüglich der Forderungen gegenüber Westberlin verlangten, machten die Forderung nach einem "freien, entmilitarisierten Westberlin", wie sie von Ulbricht immer wieder vertreten wurde, zu einer Angelegenheit, über die man lieber nicht spricht.

Umso deutlicher sind die übrigen Fakten, die gerade am 1. Mai 1963 die Situation in der Zone bestimmen, während in Westdeutschland die Forderungen der Arbeitnehmerschaft nach einem angemessenen Anteil am Sozialprodukt auch diesen 1. Mai 1963 bestimmen. muß die Regierung der Sowjetzone im Zeichen der "Stärkung der ökonomischen Arbeitermacht" seiner **V e r z i c h t** der Arbeitnehmer auf höhere Löhne verlangen.

Es gibt kein deutlicheres Zeichen für die Lage der Arbeiterschaft in der Zone, als daß der Lebensstandard der Zonenbevölkerung seit der Errichtung der Schandmauer am 13. August 1961 wesentlich gesunken ist. Die im Rahmen des sogenannten "sozialistischen Produktionsaufgebots" erzwungene Steigerung der Produktionsleistung hat dazu geführt, daß durch eine neue Heraufschraubung der Arbeitsnormen eine beträchtliche Minderung des Effektivlohnes erreicht wurde. Seit Mitte 1961 sind die Effektivlöhne im Durchschnitt pro Arbeitnehmer um etwa 25 Prozent gesunken.

Diese rund 25-prozentige Senkung der Durchschnittslöhne bis Ende 1962 wurde durch entsprechende Preissteigerungen bis Ende 1962 in ihrer Wirkung noch wesentlich verstärkt. Für die wichtigsten Konsumgüter - wie z.B. Bekleidung und Schuhe - stiegen die Preise seit dem 13. August 1961 um durchschnittlich 50 Prozent, so daß der Lebensstandard des DDR-Durchschnittsbürgers beträchtlich gesenkt wurde.

Das Anziehen der Normenschraube und die gleichzeitig damit verbundene generelle Preiserhöhung auf dem Sektor Konsumgüter haben die Spannung in den Betrieben wesentlich verstärkt. Die aus Polen durchgesickerten Berichte über neue Demonstrationen der polnischen Arbeiter gegen eine Erhöhung der Strom- und Gastarife haben den explosiven Spannungszustand in den sovjetzonalen Staatsbetrieben nur noch erhöht.

Der 1. Mai 1963 ist für das SED-Regime keineswegs der Anlaß eines Triumphes des "sozialistischen Aufbaus". Nicht nur, was die Lösung des Berlin-Problems betrifft, auch die Situation im innerpolitischen Bereich dürfte den Ambitionen Pankows eine eindeutige Grenze setzen.

+ + +

Eindeutiger Sieg

Zur Wiederwahl des österreichischen Staatspräsidenten Dr. Schärff

sp - Die Prognosen lauteten auf Kopf an Kopfhennen. Die viereinhalb Millionen Wähler Österreichs hielten sich jedoch nicht an diese Voraussagen, sie gaben dem Kandidaten der Österreichischen Sozialisten (SÖ), dem nun wiedergewählten Staatspräsidenten Dr. Schärff vor seinem Konkurrenten Ing. Raab, dem Kandidaten der Österreichischen Volkspartei, (ÖVP) eindeutig den Vorrang. Für beide Parteien ist das Wahlergebnis überraschend. So etwas hat es in der Nachkriegsgeschichte der Alpenrepublik noch nicht gegeben. Über 55 Prozent aller abgegebenen Stimmen entfielen auf einen Mann, der in seiner bisherigen Amtsführung den von seinen großen Vorgängern Karl Renner und Theodor Körner geprägten Stil des innenpolitischen Ausgleichs fortsetzte und das österreichische Staatsschiff mit sicherer Hand auch durch stürmische Gewässer steuerte. Die Österreicher haben einen Instinkt für das Machtgleichgewicht beider großen Parteien; als Staatspräsident wählten sie immer einen Sozialisten und als Bundeskanzler bevorzugten sie einen Volksparteiler. Schärff wie auch seine Vorgänger befürworteten die große Koalition als Basis der Zusammenarbeit beider Parteien, und Österreich ist dabei, alles in allem genommen, gut gefahren. Der Zwang des Zusammenraufens ersparte unserem südlichen Nachbarn die Wiederholung der Tragödie der dreissiger Jahre, in denen es zum blutigen Bürgerkrieg zwischen beiden Parteien gekommen war. Bei der Präsidentenwahl mußte die Volkspartei bitter für ihren nach den letzten Wahlen zum Nationalrat gezeigten Übermut büßen. Sie glaubte, mit einem Gewinn von nur zwei Mandaten dem Koalitionspartner das Gesetz ihres Handelns aufzwingen zu können. Sie verfuhr dabei recht ungeschickt und die Wähler nahmen ihr das übel. Viele Tausend frühere ÖVP-Anhänger müssen für Schärff gestimmt haben und gaben dadurch zu erkennen, daß sie das bisherige Gleichgewicht in der Machtverteilung gewahrt wissen wollen. Schärffs grosser Sieg dürfte die Heissporne innerhalb der ÖVP dämpfen. Seine Wiederwahl sichert Österreich Ruhe, Stabilität und die Fortsetzung der Aufbauarbeit.

+ + +

Rücksicht auf Wirtschaft und Konjunktur

Mahnung an die Tarifpartner im Metallstreik

rd - Wir saßen alle in einem Boot, so werden die Tarifpartner in der Metallindustrie von vielen Seiten gemahnt. Das ist eine sehr schlichte Wahrheit, die man selbst den nun in den Streik getretenen Arbeitnehmern der Metallindustrie nicht mehr zu erläutern braucht. Aber sie wissen auch, daß sie als Arbeitnehmer nur dazu verdammt scheinen, dieses Boot zu rudern, während die anderen es steuern.

Wer hier zur Verständigung mahnt, möge sich erinnern, daß es die Metallindustriellen waren, die die Fortsetzung der Gespräche über das Schlichtungsabkommen abgelehnt haben. Auch daß der Streik nunmehr in einem Wirtschaftszweig ausbrach, in dessen Großunternehmen, z.B. des Automobilbaues, Jahreserträge von 100 Prozent des Aktienkapitals keine Seltenheit sind.

Es wird geklagt, die Einfuhren stiegen. Man sagt es zwar nicht, möchte es aber so scheinen lassen, als dienten diese Einfuhren einem maßlosen Verbrauch. Und man klagt weiter, die Zuwachsraten unserer Exporte gingen zurück. Aber wir haben im letzten Jahr nicht nur hohe öffentliche Einfuhren gehabt, im Ausland gekaufte Rüstungsgüter, sondern auch hohe Einfuhren gewerblicher Verarbeitungsgüter, z.B. ausländische Erze, Erdöl usw., während wir die eigenen Erzgruben stilllegten, weil die eingeführten Güter billiger waren. Das hatte noch nichts mit den Lohnkosten zu tun. Welche Wirkungen haben diese verbilligten Einfuhren, welche Wirkung die Kostenersparnisse in der Erzeugung durch höhere Produktion gehabt, sind die Preise etwa gesunken?

Wirtschaft und Staat haben trotzdem ihre alte Gewohnheit, rechnerisch gestiegene Arbeitseinkommen abzuschöpfen, fortgesetzt. Dem Verbraucher wurde der Hausbrand verteuert, die Kohle und das Heizöl. Förderte die öffentliche Hand höhere Transporttarife ab - Bahn und Post -; man setzte ihm die Mieten herauf und schöpfte durch progressive Besteuerung erhöhte Staatseinnahmen ab.

Bleiben wir bei dem Bild des Bootes, dann sind es immer die Arbeitnehmer, die nicht nur die Anstrengung des Ruderns zu tragen haben, sondern bei aufkommendem Wind auch die Opfer der überkommenden Brecher sind, während die anderen trocken im Windschatten sitzen. Es ist daher leicht, zu mahnen. Aber selbst so ein schlichtes Wort wie: 'wir sitzen alle in einem Boot', sagt nur die halbe Wahrheit.

Berufsausbildung verbessern !

Modernes Gesetz oder antiquiertes Plickwerk ?

Von Harry Liehr, MdB, Berlin

Auf Antrag der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wurde im Juni 1962 vom Plenum ein einstimmiger Beschluß gefaßt, wonach die Bundesregierung bis zum 1. Februar 1963 den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vorzulegen hatte. Die Bundesregierung hat nun den Bundestag wissen lassen, daß der Termin nicht eingehalten werden kann. Dies ist überraschend genug. Immerhin wurde bei der Verabschiedung der Handwerksordnung im Jahre 1953 von dem zuständigen Bundestagsausschuß die Forderung nach einem umfassenden Berufsausbildungsgesetz erhoben. 1960 hat dann die Arbeitsministerkonferenz der Länder den Bundesarbeitsminister ersucht, ein solches Gesetz vorzulegen. Ganz abgesehen davon hat der DGB schon vor Jahren den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes veröffentlicht und sowohl Regierung als auch Parlament um Unterstützung ersucht.

Keineswegs also konnte das vom Parlament geforderte Gesetz für die Regierung Überraschung ausgelöst haben oder der Vorlegetermin als zu kurzfristig angesehen werden. Sogar die beiden zuständigen Bundesminister haben in ihrem Schreiben vom 29. 1. 1963 an den Bundestag festgestellt: "Die Bundesregierung arbeitet seit längerer Zeit an einer gesetzlichen Neuregelung der Berufsausbildung."

Im Gestrüpp der Kompetenzen

Hinter diesem ganzen Vorgang verbirgt sich in Wahrheit die ganze Unfruchtbarkeit eines jahrelangen Kompetenzstreites zwischen dem Arbeitsminister und dem Wirtschaftsminister, der auf Kosten einer weiteren Qualifizierung der Berufsausbildung geführt wird. Die Perapherierung der bei dem Arbeitsminister Blank seit langem entwickelten Grundsätze für ein Ausbildungsgesetz wurde vom Wirtschaftsminister Erhard aufgrund eines massiven Drucks der Arbeitgeber und ihrer Institutionen immer wieder hintertrieben.

Auch jetzt dürften sich die rückständigen Kreise wieder durchgesetzt haben, da nach Mitteilung der Bundesregierung vorerst nicht mit einem umfassenden Gesetz für die Ausbildungsverhältnisse in allen Bereichen zu rechnen sei. Stattdessen wird die Regierung - wahrscheinlich bis zur Sommerpause - "einen Gesetzentwurf vorlegen, der zunächst den Bereich der gewerblichen Wirtschaft umfaßt". Dies ist die Umschreibung für eine Novellierung der Gewerbeordnung aus dem Jahre 1869 (!) und der Handwerksordnung.

Was es mit solchen "provisorischen" Teillösungen auf sich hat, dafür bietet Bonn viele Beispiele. So stellt die Bundesregierung nur lapidar fest: "Ein genauer Termin (für die Vorlage des vom Bundes-

tag einstimmig geforderten umfassenden Gesetzes') kann angesichts der Komplexität der Materie noch nicht angegeben werden. Die Bundesregierung wird aber den Entwurf sobald als möglich vorlegen."

Parlament irreführt ?

Es ist zutiefst bedauerlich, daß die Bundesregierung auch auf diesem für uns so überaus wichtigen Gebiet lieber weiterstümpern will, statt die Reform der Berufsausbildung voranzutreiben und sich um den ausbildungsmäßigen Anschluß an die hochindustrialisierten Länder Westeuropas zu bemühen. Es bleibt aber auch die Frage, ob das Parlament nicht erneut durch die Regierung irreführt worden ist. So heißt es in der Fachzeitschrift des Deutschen Handwerkskammertages "Der Lehrlingswart" vom 15. 2. 1963 u.a.: "Der Siebener-Ausschuß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem der Entwurf des Bundesarbeitsministeriums für ein Berufsausbildungsgesetz inzwischen vorgelegen hat, hat sich einmütig dagegen ausgesprochen." In der Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom 8. 4. 1963 wird dagegen festgestellt: "Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat den Referentenentwurf eines Berufsausbildungsgesetzes bisher keiner Bundestagsfraktion zugeleitet, auch nicht einzelnen Abgeordneten." Wer sagt die Wahrheit, die ehrbare "Zunft" des Handwerks oder die in Fragen der Wahrhaftigkeit etwas angeschlagene Bundesregierung? Jedenfalls ist es empörend, daß die Bundesregierung glaubt, durch eine Verschleppung die Beschlüsse des Parlaments mißachten zu können. Die SPD-Fraktion wird sich einem solchen Versuch und der sich daraus ergebenden flickwerkhaften Regelung widersetzen.

Rechtssplitterung beseitigen

Mit einem umfassenden, modernen und bundeseinheitlichen Berufsausbildungsgesetz ist kein gesetzlicher Perfektionismus, keine Verstaatlichung der Berufsausbildung gewollt; die betriebsbezogene Ausbildung wird ausdrücklich betont. Erforderlich ist die Beseitigung vielfältiger Rechtssprengel, die Schaffung gleicher Grundsätze für alle Auszubildenden, eine in die Zukunft gerichtete Modernisierung und Intensivierung der Berufsausbildung, die als öffentliche Aufgabe verstanden werden muss.

Alle an der Berufsausbildung Beteiligten sollten in gemeinsamer Verantwortung zur höchstmöglichen Qualifizierung unseres Facharbeiternachwuchses beitragen. Ein Berufsausbildungsgesetz könnte dafür viele Voraussetzungen schaffen.

Das Madrider Bluturteil und die französisch-spanische Annäherung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Hinrichtung des spanischen KP-Führers Grimau erfolgte während der Anwesenheit des französischen Finanzministers Giscard d'Estaing in Madrid. Feinlich. Während das Hinrichtungspeloton die Gewehre auf Grimau richtete, um nach einem höchst zweifelhaften Prozeß das Todesurteil zu vollstrecken - trotz Einspruch katholischer Kirchenfürsten - führte de Gaulles Minister mit seinem spanischen Kollegen Gespräche über Kredite und Kapitalhilfe.

Franco hätte mit der Hinrichtung etwas warten können. Offensichtlich hatte er es sehr eilig. Wahrscheinlich wollte er dem Ausland und auch de Gaulle beweisen, daß er immer noch unbeschränkter Herrscher ist und keine Rücksicht zu nehmen hat.

Giscard d'Estaing ist nicht der erste französische Minister an Francos Hof. Polizei- und Militärverhandlungen gingen den Finanzbesprechungen voraus. Die französisch-spanische Annäherung erfolgt in Etappen.

Jetzt fehlt noch ein französischer Minister in Francos Gästebuch? André Malraux, de Gaulles Kultusminister stand im Spanischen Bürgerkrieg 1936-39 als Antifaschist für die Republik und gegen Franco. Er ist in Madrid nicht erwünscht. Wird de Gaulle ihn eines Tages entlassen?

Sterben in Madrid

"Mourir à Madrid" - "Sterben in Madrid", so heißt der neue große Film, der in diesen Tagen in Paris uraufgeführt wird, nachdem er einige Wochen vorher von der Zensur zurückgehalten wurde, im Zeichen der französisch-spanischen Annäherung.

Mit der spektakulären Hinrichtung des KP-Führers Julian Grimau im berüchtigten Carabanchel-Gefängnis erhält der grausige Dokumentarbericht über den Spanischen Bürgerkrieg schlagartig eine höchst plastische Aktualität. Dieses tragische Kapitel der spanischen Geschichte ist noch nicht abgeschlossen, das beweisen die Schüsse im Gefängnishof von Madrid, trotz aller Proteste und Warnungen.

Umsonst hatten sich gerade Frankreichs Kardinalle Feltin und Gerlier, sowie Belgiens Königin-Mutter und der christlich-demokratische Bürgermeister von Florenz für die Begnadigung Grimaus eingesetzt.

Francoes Regime folgt weiter dem Gesetz, nach dem es vor fast 30 Jahren angetreten ist: Terror.

Der Proteststurm in ganz Westeuropa und insbesondere in Frankreich beweist, daß die französische Regierung auf die falsche Karte setzt, wenn sie ihre Außenpolitik auf einen Bund mit Franco-Spanien begründet. Vielleicht wollte der Caudillo noch einmal beweisen, dass sein Regime "keine Schwäche" zeigt. Die politischen Folgen hat er diesmal unterschätzt. 1963 ist eben doch nicht mehr 1936.